

VORWORT

Polen hatte als einer von wenigen Staaten während des Zweiten Weltkriegs unter der Besatzung von zwei totalitären Regimen zu leiden. Infolge des geheimen Zusatzprotokolls zum Ribbentrop-Molotov-Pakt vom 23. August 1939 wurde es am 1. September 1939 zuerst aus westlicher Richtung vom Dritten Reich überfallen, um dann am 17. September aus dem Osten durch die Sowjetunion besetzt zu werden. In den folgenden beiden Jahren bedienten sich die miteinander verbündeten Besatzer ähnlicher Mittel, um Teile des polnischen Territoriums in ihr Staatsgebiet einzuverleiben und den Widerstand der polnischen Bevölkerung zu brechen. Während die Nationalsozialisten von Anfang an mit Hilfe der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und des „Volksdeutschen Selbstschutzes“ damit begannen, Angehörige der polnischen Intelligenz zu verhaften und zu ermorden, wurden sie von den sowjetischen Machthabern kurzerhand zu „konterrevolutionären Elementen“ erklärt, aus ihren bisherigen Posten entfernt, verfolgt und nach Osten deportiert. Fast zeitgleich zu der im Generalgouvernement (GG) durchgeführten „Außerordentlichen Befriedungsaktion“, der insgesamt bis zu 8.000 Personen zum Opfer fielen, ermordete das NKVD fast 22.000 polnische Offiziere aus den Kriegsgefangenenlagern in Ostashkov, Starobielsk und Katyn.

Die übrige polnische Bevölkerung wurde schikaniert, weitgehend enteignet und wirtschaftlich ausgebeutet. Polen wurde zudem dreigeteilt. Die Nationalsozialisten annektierten den westlichen Teil und unterzogen ihn einer weitgehenden „Germanisierungs“-Politik. Aus dem übrigen Teil bildeten sie das so genannte „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“, das ursprünglich als „Abladeplatz“ für ungewollte Bevölkerungsgruppen aus den westlichen Landesteilen fungieren sollte und erst mit der Zeit auch ins Visier der „Germanisierungs“-Konzepte der NS-Planer rückte. Währenddessen wurden die gesamten östlichen Gebiete Polens mittels gefälschter Wahlen, NKVD-Terrors und einer geschickten Instrumentalisierung ethnischer Konflikte den bereits bestehenden Sowjetrepubliken Weißrussland und Ukraine angeschlossen. Beide Besatzer beuteten Polen wirtschaftlich aus und setzten die Bevölkerung einer flächendeckenden Pauperisierung aus, die eine weitgehende soziale Umschichtung zur Folge hatte.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 geriet das ganze Gebiet des polnischen Staates unter nationalsozialistische Herrschaft. Im Schatten der Kämpfe im Osten begannen die Nationalsozialisten mit der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Auf polnischem Boden richteten sie Vernichtungslager in Auschwitz-Birkenau, Kulmhof, Treblinka, Belzec, Sobibor und Majdanek ein und überzogen das ganze Land mit Tod, unermesslichem Leid und Elend.

Aufgrund des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion wechselte Russland über Nacht die Seiten und wurde zu einem Alliierten des Westens. Wegen der außerordentlichen militärischen Anstrengungen im Kampf an der Ostfront und des enormen Blutzolls, den die Sowjets im Kampf mit dem NS-Regime zahlen mussten, geriet das Schicksal Polens in den Hintergrund. Die Tatsache, dass der neue Verbündete des Westens einer der alten Aggressoren blieb, der mitverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen war und nach wie vor entgegen internationalem Recht nahezu die Hälfte Polens besetzt hielt, wurde geflissentlich übersehen. Für die westlichen Alliierten wurden die unnachgiebigen Forderungen Polens nach Wiederherstellung seiner territorialen Integrität mehr und mehr zum Problem. Die Entdeckung der NKVD-Morde an polnischen Offizieren in den Wäldern von Katyn im Jahr 1943 und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der polnischen Regierung im Exil verkomplizierten die politische Lage noch zusätzlich. In dieser Situation erwies sich jedoch die militärische Anstrengung der Sowjetunion an der Ostfront für die Westmächte als entscheidend. Polen wurde zum wiederholten Mal nach dem „Sitzkrieg“ im Westen („drôle de guerre“) im Jahr 1939 von seinen westlichen Verbündeten verraten: In Jalta wurden Anfang 1945 die polnischen Interessen der Allianz der Großmächte mit der UdSSR geopfert. In der Folge konnte die Sowjetunion ungehindert alle 1939 annektierten ostpolnischen Gebiete behalten, Polen durch den Anschluss der östlichen Provinzen des Deutschen Reichs im Rahmen einer „Entschädigung“ für die Verluste im Osten dauerhaft in politische Abhängigkeit bringen und schließlich auch den Umsturz des bestehenden politischen Systems durch eine kommunistische Marionettenregierung erzwingen.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes befassen sich mit Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung während des Zweiten Weltkriegs. Sie gehen auf eine internationale Konferenz aus dem Jahr 2005 zurück, die vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens in Posen veranstaltet wurde. Die polnische Fassung der Konferenzbeiträge erscheint zeitgleich in den kommenden Bänden der Zeitschrift des Instituts des Nationalen Gedenkens *Pamięć i Sprawiedliwość*.

Der vorliegende Band gliedert sich in sechs Abschnitte. Im ersten Teil werden die Rahmenbedingungen der Besatzung skizziert. Marek Kornat (Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau) untersucht in seinem Beitrag die internationalen Rahmenbedingungen, die zum Ribbentrop-Molotov-Pakt führten. Er beschreibt die Hoffnungen der NS-Führung in Bezug auf Polen, das noch 1939 in Hitlers Kriegsstrategie als erwünschter Verbündeter im Kampf gegen die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielte, sowie die allmähliche deutsch-sowjetische Annäherung, die zu dem verhängnisvollen politischen Schulterchluss und in der Folge zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte. Czesław Madajczyk (Warschau) und Albin Głowacki (Universität Lodz) beschreiben die generellen Richtlinien der Besatzungspolitik der beiden Aggressoren in den militärisch besetzten Landesteilen und deren praktische Umsetzung im Anschluss an die Eroberung des Landes.

Der zweite Teil ist den Methoden der wirtschaftlichen Ausbeutung im besetzten Polen gewidmet. Tadeusz Janicki (Universität Posen) rekonstruiert in seinem Beitrag die wirtschaftlichen Maßnahmen des Dritten Reiches in den eingegliederten polnischen Gebieten. Er zeigt die Widersprüche auf, die auftraten, als die NS-Entscheidungsträger versuchten, zeitgleich ihre langfristigen rassenpolitischen Ziele mit der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes zu verbinden. Die mangelnde Rationalität dieser Konzeptionen und die dilettantische Umsetzung der geplanten Maßnahmen verursachten im Endeffekt eine vollständige Ausplünderung des dort vorhandenen Wirtschaftspotentials und einen erheblichen zivilisatorischen Rückschritt der betroffenen Regionen. Zu ähnlichen Befunden kommt auch Sonja Schwaneberg (Berlin), die auf einer breiten Grundlage polnischen und deutschen Quellenmaterials die Ausbeutungsmaßnahmen der Nationalsozialisten im GG untersucht. Auch hier war die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik widersprüchlich. Vor allem die restriktive Bevölkerungspolitik, die in erster Linie die jüdische Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben ausschloss und die in einem Völkermord gipfelte, sowie die massenhafte Rekrutierung der übrigen ethnischen Gruppen – vor allem Polen und Ukrainer – für den Zwangsarbeitseinsatz im Reich schwächten maßgeblich das Wirtschaftspotenzial des Landes. Sehr nachteilig wirkten sich auch die überhöhten wirtschaftlichen Lieferungen an das Reich aus, die die unterworfenen Bevölkerung leisten musste. Alle diese Faktoren zusammengenommen machten es unmöglich, im GG eine rationale Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Marek Wierzbicki (Institut des Nationalen Gedenkens, Außenstelle Radom) zeigt in seinem Beitrag über die sowjetische Wirtschaftspolitik in den besetzten polnischen Gebieten 1939 bis 1941, wie die ideologisch motivierten Maßnahmen der kommunistischen Staatsmacht die gesamten Eigentumsstrukturen in den polnischen Ostgebieten dauerhaft zer-

störten und zur massiven Ausbeutung des Landes führten und welche weitgehende soziale Umschichtung sie zur Folge hatten. Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte, München) weist in seinem Beitrag über die deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941 bis 1944 auf die Unterschiede bezüglich der Besatzungsmaßnahmen im GG (Ostgalizien) und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine hin, die in der – relativen – Besserstellung des ukrainischen Galiziens durch das Besatzungsregime zum Ausdruck kamen: Während die nationalsozialistischen Entscheidungsträger die galizische Landwirtschaft ausbeuteten, Zwangsarbeiter massiv rekrutierten und Ölfelder abschöpften, überzogen sie gleichzeitig die übrigen Gebiete mit Gewaltmaßnahmen und hungerten weite Teile der Bevölkerung des Landes aus.

Der dritte Teil des Bandes hat die unterschiedlichen Facetten der Gewalt zum Thema. Im ersten Beitrag betrachtet Piotr Majewski (Museum Warschauer Königsschloss) die NS-Unterdrückungsmaßnahmen im GG. Der Autor rekonstruiert die rechtlichen Grundlagen für die Unterdrückung der unterworfenen Bevölkerung, schildert die brutalen Maßnahmen gegenüber der polnischen Intelligenz, Massenexekutionen und Vergeltungsaktionen, die im Lauf der Besatzung immer mehr zunahmen. Die Gewalt gipfelte in der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Den zweiten Höhepunkt der nationalsozialistischen Entrechtungspolitik im GG stellte die vollständige Zerstörung Warschaus nach dem Aufstand von 1944 dar. Im Anschluss daran schildert Maria Rutowska (Westinstitut Posen) das gewalttätige Vorgehen des NS-Regimes in den eingegliederten Gebieten. Sie beschreibt die Massenmorde im Rahmen der „Intelligenzaktion“ in den ersten Wochen des Krieges, die „Euthanasie“-Aktion sowie den Ausbau des Systems der Konzentrationslager. Genauso wie im GG wurden auch in den eingegliederten Gebieten die NS-Gewaltmaßnahmen durch den Holocaust dominiert. Aleksandr Gur'ianov (Wissenschaftliches Informations- und Aufklärungszentrum „Memorial“, Moskau) unternimmt in seinem Beitrag über die sowjetische Repressionspolitik in den besetzten polnischen Ostgebieten den Versuch einer Quantifizierung der Opfer der sowjetischen Verfolgungen anhand von neuesten Erkenntnissen. Die Einzigartigkeit der jüdischen Erfahrungen im besetzten Polen wird von David Silberklang (Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem) thematisiert.

Der vierte Teil des Bandes ist dem komplexen Thema der Bevölkerungspolitik im besetzten Polen gewidmet. Im ersten Beitrag stellt Frank Grelka (Berlin) dar, wie die östlichen Gebiete des polnischen Nationalstaats unter der NS-Besatzung in einen kolonialen Rassenstaat transformiert wurden. Dabei schildert er ausführlich die Unterschiede bei der Behandlung der verschiedenen ethnischen Gruppen im GG (Distrikt Galizien) und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine. Ingo Haar vom Zentrum für

Antisemitismusforschung (Technische Universität Berlin) untersucht in seinem Beitrag über die Bevölkerungspolitik im GG die einzelnen Gewaltmaßnahmen, die sich gegen unterschiedliche ethnische Gruppen auf diesem Terrain richteten. Er beschreibt Initiativen von Odilo Globocnik, dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, der eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Umsetzung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen im Osten spielte, und fragt nach der aktiven Rolle von Generalgouverneur Hans Frank bei den anlaufenden Siedlungs- und Vernichtungsmaßnahmen. Martin Dean (United States Holocaust Memorial Museum) erläutert anschließend die Unmöglichkeit eines direkten Vergleichs des jeweiligen jüdischen Schicksals unter den beiden totalitären Regimen, die 1939 Polen besetzten. Er zeigt auf, wie die sowjetische Desintegrationspolitik die jüdischen Gemeinden zersetzte und die Gesellschaft atomisierte. Gleichzeitig diagnostiziert er eine weitgehende Stärkung der jüdischen Identität unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen, die keine Ausnahmen kannten und niemanden verschonten.

Der fünfte Teil des Bandes beschäftigt sich mit den Reaktionen der unterworfenen Bevölkerung, die von Kollaboration bis zum aktiven Widerstand reichten. Ryszard Kaczmarek (Universität Kattowitz) untersucht das Phänomen der Kollaboration in einer vergleichenden Perspektive aller ins Dritte Reich eingegliederten Gebiete. Er stellt auch den Umgang der Nachkriegsgesellschaften mit ehemaligen Kollaborateuren dar und versucht das Phänomen zu quantifizieren. Jacek Andrzej Młynarczyk (Deutsches Historisches Institut Warschau) beschreibt die Kollaboration im GG. Er schildert die Versuche verbotener Zusammenarbeit mit den Besatzern aufgrund politischer Übereinstimmung, militärische und paramilitärische Kollaboration und die Kollaboration innerhalb öffentlicher Institutionen, in der Zivilverwaltung, in Presse und Kultur sowie in Form individueller Zuträgerschaft. Er geht auch auf die Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit den Kollaborateuren ein und stellt die Entstehung der Untergrundjustiz dar. Grzegorz Motyka (Humanistische Hochschule Pultusk) setzt sich mit dem Phänomen von Kollaboration in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter deutscher Besatzung auseinander. Er untersucht die Verhaltensweisen der einzelnen dort ansässigen ethnischen Gruppen angesichts der nationalsozialistischen Okkupation und der mit der Zeit immer realer werdenden sowjetischen Bedrohung. Drei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der polnischen Widerstandsbewegung. Grzegorz Mazur (Jagiellonen-Universität Krakau) untersucht die Etappen bei der Herausbildung des polnischen Untergrundstaates im GG. Er charakterisiert einzelne Abteilungen, deren Struktur und Tätigkeit, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Er geht auch auf die kommunistischen und rechtsnationalen Widerstandsgruppen ein, die unabhängig von der pol-

nischen Regierung im Exil agierten. Aleksandra Pietrowicz (Institut des Nationalen Gedenkens, Außenstelle Posen) beschreibt die Strukturen verschiedener Widerstandsorganisationen in den eingegliederten Gebieten und deren vielseitige Aktivitäten im Untergrund. Rafał Wnuk (Katholische Universität Lublin) stellt die Etappen bei der Entstehung der Untergrundorganisationen unter der sowjetischen Besatzung im besetzten Ostpolen dar sowie deren allmähliche Zerschlagung und Unterwanderung durch den NKVD.

Im letzten Teil des Bandes untersucht Antony Polonsky (Brandeis University) die Politik der westlichen Alliierten gegenüber dem besetzten Polen während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Er analysiert die Gründe, die für die Durchsetzung von Stalins Zielen in Jalta ausschlaggebend waren, und die spätere Entwicklung, die zur Kommunistisierung und Westverschiebung Polens führte.

Die Beiträge von Marek Kornat, Czesław Madajczyk, Albin Głowacki, Tadeusz Janicki, Marek Wierzbicki, Piotr Majewski, Maria Rutowska, Ryszard Kaczmarek, Grzegorz Motyka, Aleksandra Pietrowicz und Rafał Wnuk wurden von Jan Obermeier und Monika Krala aus dem Polnischen übersetzt. Die englischsprachigen Aufsätze von David Silberklang, Martin Dean und Antony Polonsky wurden von Ann Lipphardt und Klaus-Dieter Schmidt übertragen. Die sprachliche Redaktion aller Beiträge nahm Kerstin Eschrich vor.

Warschau, Februar 2009

Jacek Andrzej Młynarczyk